Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig und der Sächsischen Staatsministerien Dresden sowie verschiedener anderer Behörden.

114. Jahrgang

Nr. 453 · Dienstag, den 28. September · 1920

Ermordung einer Reichstagsabgeordneten

Das Opfer einer Unzurechnungsfähigen

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Königsberg, 28. September.

Auf ihrer kleinen Besitzung in Schikotten bei Lyck ist die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Therese Eschholz, die auch Mitglied der Nationalversammlung war, im Bett ermordet aufgefunden worden. Der Kopf war mit einem Beil gespalten. Das Bett war mit Petroleum übergossen und angezündet worden. Ihr Gesicht und ihr Oberkörper waren bereits verkohlt. Als Täterin wurde eine frühere Oberlehrerin des Lyzeums in Lyck, ein Fräulein Thiele, ermittelt, die in dem Zimmer neben der Getöteten wohnte. Die Thiele bestreitet die Tat und gibt an, daß eine Lampenexplosion vorliege. Nachträglich wurde hinter einem Holzklotz ein blutbeflecktes Beil gefunden. Die Thiele ist als nicht ganz zurechnungsfähig in Lyck bekannt.

Das Urteil im Weißenseer Kommunistenprozeß

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 28. September.

In dem Prozeß der Weißenseer Kommunisten ist heute vormittag das Urteil verkündet worden.

Von den 24 Angeklagten wurden 17 freigesprochen, 7 zu Gefängnisstrafen von einem Jahre 9 Monaten bis zu 6 Monaten verurteilt. Nur ein Angeklagter bleibt noch weiter in Haft. Freigesprochen wurden die Angeklagten Kapp, Schulze, Melberg, Göhe, Stern, Winter, Burpert, Preiser, Wedow, Dochow, Jacob, Ernst, Franz und Poall gemäß dem Antrage des Staatsanwalts, und ferner die Angeklagten Jilinski und General infolge Zweifels an ihrer Zurechnungsfähigkeit sowie Drüger und Wrba.

Verurteilt wurden: Michaelis zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 9 Monaten, Falk zu 1 Jahr Gefängnis, Liebs und Paul Franz zu 9 Monaten Gefängnis, Dolny, Voß und Krüger zu 6 Monaten Gefängnis.

Bei der Strafbemessung für Michaelis ging das Gericht davon aus, daß er unzweifelhaft als Führer anzusehen ist, daß er insbesondere das Unternehmen am Abend des 18. August angeregt und die Einteilung der Beteiligten vorgenommen hatte. Das Gericht ist der Ansicht, daß Michaelis zwar nicht gerade ein vollkommener Idealist ist, daß er andererseits aber kein schlechter Charakter sei und aus selbstlosen Gründen gehandelt habe.

Daher konnte sich das Gericht nicht entschließen, den Angeklagten, der bisher unbestraft ist, ins Zuchthaus zu schicken. Andererseits mußte aber in Betracht gezogen werden, welche Folgen die Handlungsweise des Michaelis hatte, daß er die Verantwortung für den Mord des Polizeibeamten trage, daß er insofern ganz unverantwortlich gehandelt habe, als er einem Menschen wie General eine Waffe in die Hand gab.

Allen Verurteilten wurde ein Monat auf die Untersuchungshaft angerechnet, mit Ausnahme von Michaelis, dem nur zwei Wochen angerechnet werden. In der Begründung, die Landgerichtsdirektor Dr. Ernst dem Urteilsspruch vorausschickte, wies er zunächst auf die ungewöhnlichen besonders in diesem Verfahren bemerkten häufigen Angriffe gegen das Gericht hin. Selbstverständlich habe sich der Gerichtshof weder von diesen Angriffen, noch von irgendwelchen politischen Erwägungen leiten lassen. Die Zuständigkeitsfrage habe der Gerichtshof erneut geprüft, sei aber bei seinem früheren Beschluß geblieben. Was nun den Tatbestand angehe, so habe das Gericht angenommen, daß eine Zentralisation der Organisation mit der man es in diesem Prozeß zu tun habe, nicht nachgewiesen sei und daß ebensowenig der Nachweis dafür erbracht worden sei, daß zwischen dieser Organisation und der K. P. D. ein organischer Zusammenhang bestanden habe, aber es sei zweifellos, daß es sich um einen wilden Verband handele, und zwar um einen Verband militärischer Art. Für die militärische Natur in der Organisation spricht die militärische Einteilung, die einheitliche Führung, die Vornahme militärischer Uebungen und Märsche und schließlich das Auftreten der Leute im Drügerschen Lokal. Das Gericht hat als Tatbestand lediglich die Teilnahme, nicht den Zusammenschluß zu einem militärischen Verbande angenommen. Bezüglich der Strafzumessung hat das Gericht einerseits sich von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß die Bewaffnung junger Leute im Frieden eine große Gefahr darstelle, auf der anderen Seite von der Erwägung, daß es sich um junge Leute von einem gewissen Fanatismus handele.

Die Verkündigung des Urteils wurde von den Angeklagten vollkommen ruhig entgegengenommen. Die Verteidiger baten den Gerichtshof, noch einmal in Erwägung darüber einzutreten, ob nicht auch der Haftbefehl gegen die Angeklagten Falk und Michaelis — gegen alle übrigen war der Haftbefehl aufgehoben — aufgehoben werden könne. Nach ganz kurzer Beratung beschloß der Gerichtshof, auch den Angeklagten Falk aus der Haft zu entlassen, Michaelis dagegen weiter in Haft zu behalten.

Ende des italienischen Streiks

(Eigener Drahtbericht)

Mailand, 28. September.

Die Stimmung der besetzten Metallfabriken hat heute wie in allen Industriezentren auch in Mailand begonnen. Die Zurückgabe der Fabriken an die Besitzer ist zum größten Teile schon vollzogen. Der Betrieb wurde sofort wieder aufgenommen. Das Abkommen von Rom ist für alle Industrien maßgebend. Die Präfekten haben die Industriellen in Gegenwart der Gewerkschaftsführer ausdrücklich verpflichtet, keine Aussperrungen vorzunehmen. Die roten Fahnen wurden überall eingezogen.

Vorkämpfer der Schlacht am Pripjet

Günstiger Verlauf für die Polen.

Warschau, 28. September.

Wie der amtliche polnische Heeresbericht vom 27. d. M. mitteilt, dauert die Schlacht am Pripjet weiter an und nimmt einen für die Polen günstigen Verlauf. Der Feind ist auf der ganzen Linie im vollen Rückzuge, leistet jedoch sehr oft noch äußerst hartnäckigen Widerstand. Die polnischen Truppen nähern sich dem Flusse Szara etc.

Die Brüsseler Konferenz

Frankreichs Ränke.

Die internationale Finanzkonferenz in Brüssel steht jetzt mitten in der allgemeinen Aussprache, und schon sind die schönen Hoffnungen, die man in Deutschland an diesen Kongreß der wirtschaftlichen Fachleute Europas knüpfte, verblaßt und geschwunden. Die Geschäftsordnung, nach der in diesem internationalen Wirtschaftsparlamente verhandelt wird, ist zweifellos geschickt erdacht. Aber die praktische Anwendung zeigt erschreckende Fehler. War es nötig, die gedruckt vorliegenden Berichte der einzelnen Staaten nochmals mündlich zu verlesen? Wenn jeder Redner nur 15 Minuten sprechen darf, wenn jeder Redner in der Hauptversammlung nur einmal zu Worte kommen darf, wie soll man da Eigenes und Neues bringen? Die Sitzungen sind zwar öffentlich. Man kann zum Fenster hinaus zur ganzen Welt sprechen. Die deutschen Delegierten — jedes Land stellt bekanntlich drei Vertreter hinaus, für die je nach dem Stoff Sachverständige einspringen — haben scheinbar Gelegenheit, die traurige Wahrheit über ihr Vaterland in den Blätterwald aller Staaten hineinzurufen. Aber die internationale Konferenz, auf der die Siegerstaaten weitaus in der Uebermacht gegen Neutrale und Besiegte sind, kann die Oeffentlichkeit durch Beschluß ausschalten. Sie wird dies sehr wahrscheinlich sofort tun, wenn ein Deutscher „zu weit geht", d. h. wenn eine Rede zu erwarten ist, wie sie in Spa Stinnes und Hué aus deutscher Not und Sorge heraus gehalten haben.

Ganz unverständlich bleibt, warum die sachlichen Beschlüsse der Konferenz im Gegensatze zu den formellen einstimmig gefaßt werden müssen, um dann als „Empfehlungen" das Ergebnis der Tagung zu bilden. Einstimmig kann man nur etwas Verwässertes und Unfruchtbares beschließen, was allen recht ist und keinem zu nahe tritt. Allein die Mehrheit oder doch Zweidrittelmehrheit zwingt die Minderheit, einem fördernden Gedanken zum Siege zu verhelfen. Sogar der belgische Ministerpräsident Delacroix hat sein Bedauern über die Impotenz solcher Beschlüsse durchblicken lassen.

Aber hinter allen diesen Beschneidungen, Schlingen und Fallen steht eben Frankreich und seine schlaflose Furcht, Deutschland könnte in Brüssel eine Bresche in den Versailler Vertrag schlagen. Man beobachte doch die Pariser Pressemache, durch die auf Frankreichs einziges Ziel in Brüssel, auf die Fesselung und Mundtotmachung der deutschen Delegation hingearbeitet wird. Aus privaten Mitteilungen wird bekannt, daß die halboffiziellen Besprechungen zwischen Deutschen und Franzosen in Brüssel in auffallend freundlichem Tone geführt wurden. Die Wirtschaftsfeldherren der beiden Länder haben sich trotz Völkerhaß und Krieg sehr rasch verstanden. Trotzdem bringt das politische Sprachrohr des Havasbureaus es fertig, in alle Welt hinauszufunken, die Deutschen hätten gebeten und versprochen, keine „unerwünschte" Frage anzuschneiden, insbesondere nicht über die Bestimmungen des Versailler Vertrages zu sprechen. Welcher Unsinn! Welche Lüge! Wie kann man über die wirtschaftliche und finanzielle Rettung Europas verhandeln, ohne immer wieder die Versailler Magna Charta, wie Millerand den Raubvertrag neulich nennt, heranzuziehen?

Worauf das Beeinflussungsmanöver des offiziellen Pariser Drahts hinaus will, ersieht man deutlich aus der Konzertbegleitung der Pariser Zeitungen. So läßt sich z. B. das „Echo de Paris" von seinem Korrespondenten aus Brüssel schreiben, die Gefahr der Konferenz bestehe darin, daß sie im Friedensvertrag alles bekämpft, was dem Wiederaufbau entgegenstehe, vor allem die schweren Lasten, die den besiegten Völkern infolge ihrer Niederlage auferlegt wurden. Also will man in Paris nicht den Wiederaufbau Europas, sondern nur die bequeme Entschädigung und Aufsäuterung Frankreichs unter völliger Zugrunderichtung Deutschlands?! Der edle Menschenfreund meinte schließlich, es handle sich darum, die Interessen Frankreichs entgegen dieser Keynes-Richtung zu wahren, und zwar nicht nur gegenüber den fremden Finanzleuten, sondern auch gegenüber den Finanziers in der französischen Abordnung selbst, die begierig darauf seien, ihre Geschäfte möglichst bald wieder normal abwickeln zu können.

Am schlimmsten treibt es, wie immer, der „Matin". Er hetzt: Deutschland betreibe in Brüssel seinen Ränkefeldzug gegen die Wiedergutmachungen. Es sei sicher, daß die deutschen Delegierten trotz des ausdrücklichen Programmes, das die Erörterung der deutschen Schuldsumme ausschließt, nicht verfehlen werden, dem Völkerbund ihre Proteste gegen das schwere Bündel der Wiedergutmachungen ins Gesicht schleudern werden. Hoffentlich werden sie nicht verfehlen! Dann ohne solche Temperamentsäußerungen scheint die beschnittene Konferenz von Brüssel für Deutschland keinen Sinn und Zweck zu haben.

Günstige Schilderung der Lage Frankreichs

Paris, 28. September.

Ueber die gestrige Nachmittagssitzung der Brüsseler Konferenz wird berichtet: Der belgische Ministerpräsident Delacroix ist ebenfalls der Meinung, daß die Staaten sich bemühen müßten, das Gleichgewicht des Staatshaushalts herbeizuführen. Delacroix bespricht dann die Mittel, die zu diesem Ziele führen könnten. Eine Kapitalsteuer verwirft er als unwirksam. — Lord Calmers spricht über die Gefahren der Inflation durch den Notenumlauf. — Der italienische Senator Ricci erläßt die schweren Opfer, die sein Land auf sich genommen habe. — Nach kurzen Ausführungen der schwedischen Delegierten Balborg und Reberg nimmt der französische Delegierte Avenon das Wort zu seinen Ausführungen über Frankreichs finanzielle Lage. Er sagt, es sei Frankreich gelungen, ein ordentliches Budget aufzustellen, in dem die normalen Ausgaben durch Steuern gedeckt sind. Es ist zu hoffen, daß diese Ausgaben langsam abgebaut werden können. Als besonderes Beispiel für die Lebenskraft Frankreichs führt er an, daß nunmehr 1 500 000 Hektar wieder in Bebauung genommen werden konnten, so daß Frankreich seine Getreideeinfuhr um die Hälfte vermindern könne. Hierdurch werden 2 bis 2½ Millionen Tonnen Getreide für die übrige Welt frei.

Die Frage eines internationalen Kredits. — Heute Erstattung des deutschen Berichts.

Paris, 28. September.

In der französischen Presse wird mitgeteilt, daß der Vizepräsident der Brüsseler Konferenz, Teller, den Auftrag erhalten hat, der Konferenz die Frage eines internationalen Kredits vorzulegen.

Nach den gestrigen Beschlüssen werden am Dienstag die einleitenden Berichte über die finanzielle Lage im einzelnen fortgesetzt. Heute nachmittag wird der Führer der deutschen Delegation Staatssekretär Bergmann seinen Bericht erstatten.

Eine deutsche Hochschule für Politik

In der Mitte des nächsten Monats, wenn die anderen hohen Schulen ihren Semesterbetrieb aufnehmen, soll in Berlin auch die neue Deutsche Hochschule für Politik zum ersten Male ihre Pforten öffnen. Der über alle Hemmnisse und Widerstände hinweg den Plan zur Reife gebracht hat, ist der rührige, in manchen Sätteln gerechte Professor Dr. Ernst Jäckh. Die Idee selber ist älter. Schon vor dem Weltkrieg hat der damalige Vizekanzler Delbrück Herrn von Bethmann Hollweg auf die Notwendigkeit einer solchen Hochschule hingewiesen. Später erstand ihr in dem jetzigen Staatssekretär im preußischen Kultusministerium Dr. Becker ein eifriger Werber. Auch Herr von Kühlmann soll als Staatssekretär des Auswärtigen um 1917 eine Denkschrift über diesen Gegenstand vorgelegt haben, und besonders lebhaft hat in Büchern und Journalaufsätzen Professor Kühlmann nach einem deutschen Gegenstück der Pariser Ecole libre de sciences politiques gerufen.

Irgendwo in einem konservativen Blatt war dieser Tage zu lesen: ob man sich wohl Bismarck als Hörer einer derartigen Akademie vorstellen könne. Das war reichlich platt und gedankenlos dazu. Das Genie bahnt zur Not schon selber sich seinen Weg. Auf die Erziehung des Durchschnitts kommt es an, denn mit dem Durchschnitt haben wir in Staat und Leben es zu tun. Wer immer mit diesen Dingen sich berufsmäßig zu befassen hat, wird gefunden haben, einen wie breiten Raum in unserem politischen Betrieb, in Presse, Parlament und Beamtentum der Dilettantismus einnimmt. Viel Fleiß und ehrlicher Wille, aber eine bisweilen erschreckende Unvertrautheit mit den Fragen, die man sozusagen von Amts wegen zu betreuen hat. Aus solchen Beobachtungen heraus sind vor vielen Jahren, noch in der Blüte der wilhelminischen Epoche, die Seringschen Kurse der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung entstanden. Sie haben im einzelnen trotz ihrem bureaukratischen Zuschnitt günstig und ersprießlich gewirkt. An manchen von den zu diesen Kursen abkommandierten Beamten gingen freilich die Vorträge und Besichtigungen spurlos vorüber. Ihnen bedeutete die Teilnahme nicht viel mehr als eine angenehme Unterbrechung ihrer amtlichen Tätigkeit und ein paar Wochen Urlaub in dem damals noch amüsanten Berlin. Vielfach aber fielen die ausgestreuten Samenkörner auch auf ein empfänglicheres Erdreich. Worin der eine oder andere inmitten seiner Aktenwelt bisher achtlos vorübergegangen war, das wurde nun zum Gegenstand eigenen Studiums und eindringender Beschäftigung.

Indes die Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung war (und ist es wohl noch) nach ihrer ganzen Entstehungsgeschichte ausschließlich innenpolitisch orientiert. Ungleich bedeutsamer, wennschon man das in Deutschland früher nicht begriffen hat und auch heute erst langsam zu begreifen beginnt, ist die Einführung in das Verständnis der auswärtigen Probleme. Nun ist es ganz sicher, daß man dazu nicht erst eine Hochschule aufzusuchen braucht. Wer systematisch nach bestimmten, vorgefaßten Plänen reist, wer sich bemüht, die Geschichte, die Institutionen und die Menschen der bereisten Länder kennen zu lernen, die Führenden und die geführten Massen, wird nach und nach auch auf eigene Hand die bewegenden Kräfte des Weltgeschehens erkennen lernen. Aber der Weg ist weit und mühselig und bei den heutigen Fahrpreisen und Valutaverhältnissen, die Schlagbäume um jeden Wohnsitz legen, kaum noch beschreitbar. Bleibt also nur die Möglichkeit, was man nicht selber sehend zu lernen vermag, sich von anderen lehren zu lassen. Das meiste, was nach der Richtung geboten werden kann, ließe sich auch an den bestehenden Universitäten vortragen. Ueber Wirtschaftsgeographie, über das weltpolitische Staatensystem in der letzten Epoche, über den Kampf der Nationen um die Rohstoffe, die Agrarfragen der Gegenwart, die wichtigsten derzeitigen Verfassungen kann man allenthalben lesen und hat man auch schon an Deutschlands hohen Schulen gelesen. Nur eines bleibt dabei zu beachten: die Universitäten wenden sich in erster Reihe an junge, eben erst der Schule entwachsene Menschen, während eine derartige Hochschule für Politik vielleicht die Mehrzahl ihrer Hörer in Jahrgängen suchen wird, die über die Studentenjahre schon hinaus sind. Und an den Universitäten fallen derlei Vorträge zumeist den Anfängern unter den Dozenten zu, die sich auf die Art durchzusetzen und überhaupt erst Hörer zu bekommen trachten. Das können manchmal wirklich Berufene sein, aber sie sind es nicht immer und gelegentlich ist der Titel der Vorlesung das beste an ihr. Die Form der freien Hochschule gibt die Möglichkeit, Männer und Frauen aus allen Schichten zum Lehren heranzuziehen. Wer im Daseinskampf erwies, daß er in politicis etwas zu sagen hat, hat hier die venia legendi. Zudem: die Universitäten sind staatliche Anstalten, und seit wir unter den Verhältnissen leben, die der November 1918 heraufführte, unterliegt der Satz: die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei, bekanntlich noch stärkeren Hemmungen als früher.

Die Deutsche Hochschule für Politik sucht mit schonender Seele Neuland. In einer von ihren Leitern und Begründern herausgegebenen Denkschrift wird sehr richtig gesagt: die Wissenschaft der Politik sei eine Wissenschaft der Grenzgebiete. Aus dem überlieferten Zustand der spezialisierten Wissenschaften wolle man versuchen, zur Synthese zu kommen. Und an einer anderen Stelle heißt es: die Hochschule wünsche einer sachlichen, dienstbereiten und innerlich freien Gesinnung den Weg zu bahnen, das Handwerkszeug des politischen Lebens zu verfeinern und die Luft eines nationalen Gemeinschaftsgefühls herzustellen. Das sind hochgespannte Ziele der Forschung zugleich und der Menschenbehandlung oder, wenn man will, auch der Erziehung. Ob die neue Hochschule sie erreichen wird, läßt sich in keinem Belang noch sagen. Daß sie sie erreichen möge, wird man, gleichviel wie man selber parteimäßig eingestellt ist, aufs innigste wünschen